

Rhetorik der AfD

Hass auf Autopilot

14. Februar 2025, 16:18 Uhr | Lesezeit: 5 Min.

Die AfD entschert die Sprache – und missbraucht damit die Parlamente. Hat sich das Land schon zu sehr daran gewöhnt?

Von Peter Laudenbach

Zumindest eines kann man der AfD nicht vorwerfen: übertriebenen Optimismus und einen Mangel an extraharter Kante. Liest man sich in den Sitzungsprotokollen des Bundestags durch die Redebeiträge der angeblich gemäßigten AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel, entsteht das apokalyptische Bild eines Landes im Zusammenbruch, das von den politischen Mächtigen systematisch zerstört wird. Bei ihren Fernsehauftritten im Wahlkampf, zuletzt im RTL-„Quadrell“, versucht Weidel den Spagat zwischen bürgerlichem Outfit im weißen Rollkragenpullover, dozierender BWLerin und mühsam gedämpfter Aggression gegen die „Altparteien“ der demokratischen Mitte.

In ihren Bundestagsreden verzichtet Weidel auf die bürgerliche Camouflage. Ihre Krisendiagnose ist immer die gleiche: „Es brennt in Deutschland. Und diese Regierung aus starrsinnigen Ideologen ist der Brandstifter. Sie ziehen eine Schneise der Verwüstung durch dieses Land.“ In Weidels Bild der Bundesrepublik „fluten“ die rotgrünen Ideologen „das Land mit illegalen Migranten“, treiben „einheimische Arbeitskräfte in die Auswanderung“ und zerstören die Demokratie: „Sie halten die Meinungsfreiheit für gefährlicher als den schrankenlosen Import von Mördern und Terroristen.“

Das sind keine Beschreibungen eines trotz vielfältigen Krisen weitgehend stabilen und immer noch wohlhabenden Staates. Es sind mit wohligem Schauer ausgebreitete Horrorgemälde der Bundesrepublik kurz vor ihrem Untergang, *this is the final curtain*. In diese Endzeitbeschwörungen scheint sich eine Art perverse Vorfreude auf den großen Knall zu mischen, wenn Weidels Parteifreund Björn Höcke raunt, „die Entladung des aufgestauten Drucks“ werde „irgendwann kommen, die geballten Fäuste werden dann in die Luft gerissen und das Volk, der große Lümmel, an den Festungstoren der Machthaber rütteln.“

Wenn die Wirklichkeit nicht zum rassistischen Feindbild passt: ist eben die Wirklichkeit falsch

Die Schuldigen am unmittelbar bevorstehenden Untergang stehen für Weidel immer schon fest, Zuwanderer und woke „Ideologen“, die ihr Vaterland „hassen“. Dass es dabei nur stören würde, die etwas kompliziertere Realität zur Kenntnis zu nehmen, führt sie konsequent vor, wenn sie den Attentäter von Magdeburg, einen fanatischen Islamhasser, als „Islamisten“ beschimpft. Als der Journalist Stephan Lamby sie in der ARD-Dokumentation „Die Vertrauensfrage“ zu diesem Widerspruch befragt, wiederholt Weidel einfach kühl und unerschütterlich ihre Parole: „Der Mann war ein Islamist.“ Wenn die Wirklichkeit nicht zum rassistischen Feindbild passt: um so peinlicher für die Wirklichkeit.

Für den in Yale Lehrenden Philosophen Jason Stanley kennzeichnen unter anderem zwei strukturelle Merkmale den rechten Autoritarismus: Die Behauptung einer apokalyptischen Endzeit des angeblich zum Untergang verurteilten „Systems“ im Kontrast zu einer mythisch verklärten Vergangenheit. Und die wahnhaftige Paranoia, das Abkoppeln der Ideologiekonstruktion von jeder Überprüfung an der Empirie. Auch deshalb wirken Weidels Bundestagsreden immer wieder wie Belegstücke der Thesen, die Stanley in seinem Buch „Wie Faschismus funktioniert“ entwickelt.

Bei der letzten Bundestagsdebatte vor der Wahl führte die AfD-„Kanzlerkandidatin“ Weidel in der vergangenen Woche wieder vor, wie die demonstrative Geste Verachtung den politischen Streit und die inhaltliche Auseinandersetzung dominiert. Die Verachtung gilt dabei offenbar nicht nur dem politischen Gegner, sondern der demokratischen Debatte, den parlamentarischen Verfahren und Institutionen als solchen. Dass Weidel die Ampelreste als „links-grüne Sektierer“ beschimpft, die angeblich „Politik gegen die Bevölkerung“ machen, ist Routine, genau wie die persönliche Beleidigung als Stilmittel. Eine Rede der Abgeordneten Agnieszka Brugger (Grüne) zum Ukraine-Krieg etwa unterbricht Weidel 2024 mit Zwischenrufen in Dauerschleife: „Gehen Sie an die Front!“, „Mit gutem Beispiel voran an die Front!“, „Wir erwarten aber dann, dass Sie persönlich an die Front gehen!“

In der letzten Bundestagssitzung dieser Legislatur höhnt sie in Richtung der Grünen-Fraktion, immerhin lauter demokratisch gewählte Abgeordnete: „Diese Leute haben hier im Bundestag nichts zu suchen.“ Weil sie schon mal in Fahrt ist, folgt eine bizarre Unterstellung: „Sie haben alle in Ihrem Leben noch nie gearbeitet. Gehen Sie arbeiten.“ Beleidigung und Polemik werden zum Selbstzweck. Sie spitzen das inhaltliche Argument nicht zu, sie ersetzen es. Die Rhetorik der Polarisierung nimmt jede Sachauseinandersetzung reflexhaft zum Anlass und Vorwand für die stets abrufbereite Pauschalabrechnung mit dem „System“ (so der AfD-Ehrenvorsitzende Gauland), den „Kartellparteien“ (Björn Höcke) oder der Bundesregierung, der Weidel im Bundestag unterstellt, das Land zugrunde zu richten, „weil Sie Deutschland hassen.“

Schon ein Jahr nach dem Einzug in den Bundestag sagte Gauland, man plane die „Grenzen des Sagbaren auszuweiten“

Schon 2018, fünf Jahre nach Gründung der AfD und ein Jahr nach ihrem Einzug in den Bundestag, erklärte der damalige Bundessprecher Alexander Gauland im Interview mit der FAZ die Strategie der jungen Partei. Sie bestand für Gauland darin, „dass wir in der Tat versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“. Soziologen beschreiben das als eine Strategie der Normalitätsverschiebung. Das ist der AfD mit großem Erfolg gelungen. Was öffentlich, im politischen Raum „sagbar“ ist, ohne den Sprecher als ernst zu nehmenden Diskursteilnehmer zu disqualifizieren, hat sich seit Gründung der AfD deutlich verschoben. Grenzen des Infamen sind kaum noch erkennbar.

Besonders wirkungsvoll sind diese rhetorischen Normalitätsverschiebungen, wenn sie am Rednerpult im Bundestag oder in den Landtagen stattfinden. Der formale Rahmen einer Rede an einem zentralen Ort der demokratischen Willensbildung signalisiert zumindest an der Oberfläche die Legitimität entsprechender Äußerungen. Der AfD ist es gelungen, die Rede von „alimentierten Messermännern“, die Unterstellung eines „Merkel-Regimes“, das Verhören des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus als „Schuldskultur“, das Benennen des menschengemachten Klimawandels als „Klimalüge“ oder die Forderung nach „Massenabschiebung“ als diskussionswürdige Positionen in der politischen Debatte zu verankern. Damit normalisiert die AfD eine Rhetorik der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, wie das der Rechtsextremismus-Forscher Wilhelm Heitmeyer nennt. Diese gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist der Kern ihrer Ideologie.

Es geht der Partei nicht darum, die parlamentarische Debatte als Diskursraum für „die kooperative Suche nach Problemlösungen“, gar „mit Aussicht auf vernünftige Ergebnisse“ (Habermas) zu nutzen, im Gegenteil. Jedes echte, strategisch zugespitze oder frei erfundene Problem dient nur als Mittel zum Zweck der permanenten Feindbildmarkierung oder dazu, gleich die Systemfrage zu stellen. Die gezielten Grenzverletzungen sind keine Ausrutscher oder nur Ausdruck der Freude am Streit. Sie sind auch etwas völlig anderes und haben eine andere Funktion als die Attacken der alten Recken, etwa Joschka Fischers Beleidigung des Parlamentspräsidenten, „mit Verlaub“, als „Arschloch“.

Beim eigentlichen Zielpublikum, den Followern und Zufallskontakten auf Social Media, dienen die Parlamentsreden der AfD-Politiker einem einzigen Ziel: Polarisierung und Ressentiment. Die AfD-Dauerbeschallung mit Aggro-Rhetorik arbeitet an der Delegitimierung des politischen Gegners wie des parlamentarischen Debattenraums. Weil das permanent stattfindet, sind Gewöhnungseffekte unvermeidlich. Da die Hass-Rhetorik keine Sanktionen nach sich zieht, sondern mit Wahlerfolgen honoriert wird, ist sie im Sinn der Partei hochfunktional. Vor allem aber wirkt sie dank der schleichenden Gewöhnung, der Abnutzung der Empörung, der guten alten normativen Kraft des Faktischen auch legitim.

Der Literaturwissenschaftler Heinrich Detering hat schon 2019, zwei Jahre nach dem Einzug der AfD in den Bundestag, die „Rhetorik der parlamentarischen Rechten“ in einem luziden Essay untersucht („Was heißt hier ‚wir‘?“). Detering unterzieht die Reden von AfD-Politikern mit philologischer Genauigkeit einem ideologiekritischen Close Reading, um die völkischen Denkmuster, die Demokratieverachtung, die Anklänge an NS-Ideologie freizulegen. Dabei klingt zwischen den Zeilen immer wieder die Fassungslosigkeit des Autors darüber an, dass derartige Reden im Bundestag gehalten werden. Inzwischen haben wir uns so sehr an diesen Sound gewöhnt, dass er kaum noch als Skandalon auffällt.

Hinweis der Redaktion: Der Text wurde nach dem TV-Quadrell am Sonntag nochmals aktualisiert.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen für 0,99 € zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen